

FREIE BAUERN



Zukunftsgedanken einer Junglandwirtin / Zukunftskommission: Schlag ins Gesicht für alle, die sich engagiert haben / FREIE BAUERN raten von Beteiligung an Transformationsprozess ab / Gemeinsam sind wir stark? / Deutschlandtreffen: Zur Lage der Landwirtschaft / Hochwasser, Hilfe und ein herzliches Dankeschön / Bauernhöfe statt Agrarkonzerne: Stellungnahmen zur GAP-Umsetzung im Bundestag und zum agrarstrukturellen Leitbild im Landtag Brandenburg / Ein Jahr nach ASP: Lernen, mit der Seuche zu leben / FREIE BAUERN fordern Schutzjagd auf Wölfe nach skandinavischem Vorbild / Mahnwache in Zeven / Diskussion über Laborfleisch: Argumente erinnern an Grüne Gentechnik / FREIE BAUERN zum Insektenschutzprogramm: Diese Bundesregierung hat nichts verstanden / Wahlkampfphase: Klare Kante zu den Themen Veganismus, Klimaschutz und Biodiversität ...

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Antje Bree, Telefon 0173-6264951, antje.bree@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsau
Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen
Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen:

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen
Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel
Landesreferentin für Niedersachsen:
Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@freiebauern.de

Zukunftsgedanken einer Junglandwirtin

Liebe Berufskollegen,

ich war seit Beginn der ersten großen Bauernproteste in Berlin dabei. Die Protestbewegungen haben mir damals Mut gemacht. Endlich haben Bauern zusammen ein Ziel verfolgt und standen für ihren Berufsstand ein! Selbstbewusst, weil sie wissen, dass es gut ist, was sie täglich auf ihren Höfen leisten und wie sie mit ihren Tieren und ihrem Boden umgehen. Wir haben mit Politikern gesprochen und Forderungen formuliert. Haben versucht, uns in der Öffentlichkeit bemerkbar zu machen. Nach all den Podiumsdiskussionen und Gesprächen haben wir auf der einen Seite zwar Zuspruch von den Verbrauchern auf den Straßen erhalten, auch Interesse von Politikern und Medien. Trotzdem hatte ich nie das Gefühl, dass man uns Bauern wirklich ernst nimmt, geschweige denn dass Landwirtschaft überhaupt einen Mehrwert für die Bevölkerung in Deutschland darstellt. Der Winter neigte sich dem Ende zu, die Landwirte mussten wieder auf ihre Höfe und die Proteste wurden leiser. Die Probleme waren aber immer noch da.



Nach fast zwei Jahren Demonstration und viel Öffentlichkeitsarbeit hatte ich immerhin noch die Hoffnung, dass wir zumindest gehört, vielleicht sogar verstanden worden sind, und es zu einer politischen Diskussion auf Sachebene kommt. Aber jetzt lese ich im Abschlussbericht der Zukunftskommission, dass wir eine grundlegende Transformation der Landwirtschaft brauchen, weil es so nicht richtig ist, wie wir aktuell hier in Deutschland Landwirtschaft betreiben.

Da stellt sich mir als Junglandwirtin die Frage, was ich denn später besser machen soll? Ich bin auf einem landwirtschaftlichen Familienbetrieb in Brandenburg groß geworden. Meine Eltern bewirtschaften dort ca. 450 Hektar Land konventionell. Sie züchten Angus Rinder, die ganzjährig auf der Weide stehen. Sie etablieren Fruchtfolgen und versuchen stetig, ihre Bewirtschaftungsweise zu optimieren, so dass sie den Humus erhalten und sogar vermehren und dabei gleichzeitig gute Erträge generieren. Sie pflanzen Hecken, setzen Drohnen ein, um Rehkitze zu finden, und sie binden unter anderem so viel CO₂, dass die Bodenfruchtbarkeit und Wasserspeicherkapazität stetig steigt. Neben diesen ganzen Unternehmungen, die sie anstellen, um ihre Tiere optimal zu versorgen und den Boden zu verbessern, sichern sie unter anderem für mindestens 500 Menschen die Nahrungsmittelversorgung. Und das soll jetzt unbedingt transformiert werden?

Mein Bruder, der gerade seine Ausbildung zum staatlich geprüften Techniker im Landbau absolviert hat, arbeitet schon im Betrieb mit und möchte ihn übernehmen. Weil der Betrieb groß ist, möchte ich nach meinem Studium einen kleineren Teil als eigenen Betrieb führen, die Absetzer aus der Mutterkuhhaltung ausmästen und das Fleisch direkt vermarkten. Wir wollen beide damit natürlich ein Einkommen erzielen, mit dem wir unsere Familien ernähren können. Dafür müssen wir ständig über neue Anbaumethoden oder Fruchtfolgen nachdenken. Wir wollen unseren Tieren ermöglichen, dass sie so entspannt wie möglich groß werden. Wir wollen so wirtschaften, dass wir auch die nächsten Investitionen tragen können. Doch das alles unterscheidet sich nicht wesentlich von dem, was meine Eltern gerade machen bzw. die letzten 30 Jahre gemacht haben. Transformation?

Ich mache mir keine Sorgen darüber, dass wir irgendwann auf unseren Böden aufgrund unserer Wirtschaftsweise nichts mehr ernten – das Gegenteil ist der Fall. Ich habe auch keine Angst davor, dass hier irgendwann keine Insekten mehr leben – um mich herum summt und brummt es. Ich habe auch keine Angst, dass wir als Bauern es nicht schaffen würden, mit den zukünftigen klimatischen Veränderungen zurecht zu kommen. Sorge machen mir eher die aktuellen politischen Entscheidungen. Ist es denn überhaupt noch gewollt, in Deutschland Lebensmittel zu produzieren? Sind denn Familienbetriebe, die jeden Tag mit Herzblut und Überzeugung arbeiten und die regionale Versorgung sichern, noch erwünscht? Ich weiß es nicht. Ich frage mich auch, wieso ich überhaupt studiert habe, wenn mir ständig von den Politikern erzählt wird, dass wir zu wenig Beratung in der Landwirtschaft bekommen und man die Landwirte unbedingt an die Hand nehmen müsse.

Ich brauche für meine Zukunft keine Einteilung in ökologisch oder konventionell, in gut oder schlecht. Ich brauche auch keine Politik, die mir vorschreibt, wann und wie ich meine Blühstreifen zu säen oder wann ich meinen Acker zu befahren habe. Ich brauche als zukünftige Junglandwirtin eine Politik, die mir Strukturen ermöglicht, in denen sich regionale Lebensmittelproduktion lohnt. Dass die Lebensmittel, die hier wachsen, auch wieder die Wertschätzung bekommen, die sie verdient haben. Ich möchte nicht, dass wir in der nächsten Krise von anderen Ländern abhängig sind, die für uns entscheiden, was und wieviel wir noch zu essen haben. Ich möchte meine Rinder beim Fressen auf der Weide töten dürfen und sie an regionale Fleischer verkaufen. Ich möchte hochwertige Lebensmittel produzieren – und sehe genau das auch als meine Aufgabe an. Dafür sind wir Bauern doch eigentlich da, oder?

Eure Frieda Simon (Referentin für Fachthemen und Kommunikation der FREIEN BAUERN)

FREIE BAUERN zur Zukunftskommission: Schlag ins Gesicht für alle, die sich engagiert haben

(30.06.2021) Die FREIEN BAUERN haben skeptisch auf die bisher veröffentlichten Ergebnisse der Zukunftskommission reagiert. „Dieses Gremium wurde eingerichtet, weil im Herbst 2019 ganz viele Landwirte auf die Straße gegangen sind, um für ihre Rechte zu demonstrieren“, sagte Politikreferent Reinhard Jung in einer ersten Stellungnahme. Wenn in dem Abschlusspapier jetzt ein grundlegender Umbau der Landwirtschaft aus angeblich ökologischen oder ethischen Gründen gefordert wird, so habe das nichts mehr mit den Protesten von damals zu tun, so Jung: „Dass Bauernverband und DLG sich mit Agrarprofessoren und Nabu einig werden, war zu befürchten, aber dass der Sprecher von LSV Deutschland diesen Unsinn mitträgt, ist ein Schlag ins Gesicht aller Berufskollegen, die sich engagiert haben.“

Aus Sicht der FREIEN BAUERN besteht für neunzig Prozent der deutschen Landwirtschaft überhaupt kein Umbauebedarf. „Unsere bäuerlichen Familienbetriebe gehen nachhaltig mit dem Boden und verantwortungsbewusst mit den Tieren um, weil wir in Generationen denken“, argumentiert Jung, der Mutterkühe und Mastrinder im brandenburgischen Lennewitz hält. Fehlentwicklungen gebe es lediglich durch den Ausverkauf ostdeutscher Großbetriebe an überregionale Investoren und durch flächenunabhängige Intensivtierhaltung in einigen Regionen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens. Diese Probleme müssten politisch gelöst werden und dürften keinesfalls zu Belastungen für die große Mehrheit der ordentlich wirtschaftenden Bauern führen. Jung bedauert, dass bäuerliche Beteiligung in der Zukunftskommission kaum stattgefunden habe, rät aber zu Gelassenheit: „Ob unsere Höfe eine Zukunft haben, entscheiden zum Glück nicht irgendwelche Kommissionen, sondern unsere jungen Bauern, die sich von einem sinnlosen Papier mehr oder weniger nicht entmutigen lassen.“

FREIE BAUERN raten von Beteiligung am Transformationsprozess ab

(10.07.2021) Der Bundessprecher der FREIEN BAUERN Alfons Wolff, Landwirt aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt, hat die Ablehnung seines Verbandes gegenüber dem Abschlussbericht der Zukunftskommission bekräftigt. In einer Botschaft an die Bäuerinnen und Bauern rät er davon ab, sich in irgendeiner Weise an der empfohlenen Transformation der Landwirtschaft zu beteiligen. Kern der Kritik ist die in dem Papier enthaltene Behauptung, die deutsche Landwirtschaft würde jährlich ökologische Schäden in Höhe von rund 90 Milliarden Euro verursachen und demnach unserer Gesellschaft weitaus mehr schaden als nützen. LSV und BDM werden dringend gebeten, ihre Unterschrift unter dem Bericht zurückzuziehen und sich nicht mit absurden Zahlen vor einen politischen Karren spannen zu lassen.



Zum Beginn einer durchwachsenen Ernte meldet Alfons sich vom Drescher aus mit einer Botschaft

Liebe Bäuerinnen und Bauern,

inzwischen habe ich den Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft gelesen – und bin erschrocken. So wie viele Berufskollegen auch. Er enthält nicht nur Empfehlungen für eine Transformation der Landwirtschaft, für eine grundlegende Umgestaltung auch unserer bäuerlichen Betriebe, deren Notwendigkeit ich überhaupt nicht einsehe. Fast noch schlimmer ist die Begründung, die dafür angeführt wird: Unsere Landwirtschaft würde ökologische Schäden in Höhe von rund 90 Milliarden Euro pro Jahr verursachen. Zum Vergleich: Die jährliche Bruttowertschöpfung unserer Landwirtschaft liegt derzeit bei 20 Milliarden Euro. Das Papier läuft damit in letzter Konsequenz darauf hinaus, dass man Landwirtschaft in Deutschland besser komplett abschaffen sollte, was natürlich kompletter Unsinn ist.

Mit dem Abschlussbericht der Zukunftskommission stehen nicht tatsächlich kritikwürdige Fehlentwicklungen in der Kritik wie etwa der Einstieg überregionaler Investoren in ostdeutsche Großbetriebe oder die flächenunabhängige Intensivtierhaltung in einigen Regionen Westdeutschlands. Mit diesen absurden Zahlen stehen wir alle am Pranger – die Menschen und Familien, die unser Land schon immer ernährt haben und es lieben und verantwortungsvoll bearbeiten, unsere bäuerliche Betriebe mit teilweise Jahrhunderte alter Tradition. Ganz zu schweigen von den Wirtschaftszweigen, die ohne eine gesunde eigene Landwirtschaft ebenfalls keine Existenzgrundlage mehr hätten. Wollen wir wirklich bei der Ernährung unseres Volkes vollständig auf Importe aus dem Ausland angewiesen sein? Haben nicht gerade die letzten beiden Jahre gezeigt, wie zerbrechlich lange Lieferketten sind und dass wir die wesentlichen Güter besser selbst erzeugen sollten?

Als landwirtschaftliche Interessenorganisation setzen wir uns dafür ein, ökonomisch und ökologisch die richtigen Weichen zu stellen, indem wir Missstände beseitigen und Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass unsere Betriebe immer effizienter und nachhaltiger wirtschaften können. Über unsere betriebliche Entwicklung wollen wir aber selbst entscheiden und wir wollen sie aus eigener Kraft gestalten können, keinesfalls aufgrund irgendwelcher Empfehlungen einer Kommission oder durch Investitionen, mit denen wir uns von öffentlichen Geldern und wechselhaften politischen Vorgaben abhängig machen. Ich kann

deshalb nur davon abraten, sich in irgendeiner Weise an einer Transformation zu beteiligen, die auf fragwürdigen Berechnungen und einer pauschalen Verunglimpfung unseres Berufsstandes aufgebaut ist. Wenn aufgrund der Zukunftskommission Geld verbrannt wird, sollte es zumindest nicht unser Geld sein.

Mit der Unterschrift von Bauernverband, LSV, BDM und AbL unter den Abschlussbericht ist innerhalb der Landwirtschaft ein riesiges Problem entstanden: Wie kann jemand, der ein solches Papier unterzeichnet, noch für sich in Anspruch nehmen, für das Wohl des Berufsstandes oder unseres Landes zu handeln? Wer mit seiner Unterschrift die Aussage legitimiert, dass die deutsche Landwirtschaft der Gesellschaft mehr schadet als nützt, verliert doch jede Glaubwürdigkeit gegenüber den eigenen Mitgliedern. Wir appellieren deshalb vor allem an LSV und BDM, mit denen wir in den letzten Monaten viele gute gemeinsame Aktionen hatten, sich nicht vor einen politischen Karren spannen zu lassen. Bitte lest den Abschlussbericht der Zukunftskommission nochmal genau durch und zieht Eure Unterschrift zurück – je eher desto besser!

Wir FREIEN BAUERN stellen jedenfalls unmissverständlich klar, dass der Abschlussbericht der Zukunftskommission keinen gangbaren Weg in eine gute Zukunft aufzeigt, sondern alles nur noch schlimmer macht. Wir wehren uns gegen ein Papier, das unsere Landwirtschaft bewusst in ein schlechtes Licht rückt und die wahren Zusammenhänge verschweigt. Eine gute Zukunft geht nur mit vielen starken bäuerlichen Betrieben und diese Zukunft können wir als selbständige Unternehmer nur selber schaffen! Ich wünsche Euch allen eine erfolgreiche Ernte!

Alfons

Gemeinsam sind wir stark? Anfrage an LSV Deutschland

Manchmal hören wir, es wäre doch schön, wenn sich die protestierenden Bauern einig wären. O ja, das wäre schön! Bei der nicht ganz unwichtigen Frage der Zukunftskommission haben wir versucht, mit LSV Deutschland und LSV Original zu einer gemeinsamen Position zu kommen. LSV Deutschland hatte den Abschlussbericht zwar mitgezeichnet, aber kurz danach gab es in der Organisation einen Machtwechsel, der einige Berufskollegen nach vorne brachte, mit denen wir bisher gut zusammengearbeitet hatten. Wir haben deshalb, nach mehreren telefonischen Anläufen sowohl den neuen Sprecher als auch den neuen Vorstand schriftlich angefragt: „(...) Der Abschlussbericht wurde einstimmig beschlossen, auch durch den damaligen Sprecher von LSV Deutschland. Wir unterstellen Euch deshalb natürlich nicht, dass Ihr ihn gut findet. Dieses private Wissen um Eure aufrechte Haltung hilft uns allerdings nicht, wenn wir bei Gesprächen mit Politikern Verständnislosigkeit ernten, weshalb wir (gewissermaßen als Spielverderber) den in großer Harmonie beschlossenen Abschlussbericht ablehnen. Für uns eine ganz schwierige Situation. LSV Original ist an uns herantreten, ob wir eine gemeinsame Pressemitteilung machen können, dass wir den Abschlussbericht ablehnen und neue Verhandlungen fordern. Wir würden eine solche Allianz gerne bilden, meinen aber, dass eine starke politische Wirkung erst entsteht, wenn sich auch LSV Deutschland beteiligt. Deshalb heute unsere Anfrage: Seid Ihr dabei?“ Auf diese klare Frage, erstmals gestellt am 27. Juli, haben wir bis heute keine Antwort erhalten. Es gibt zwar Aussagen einzelner Vertreter gegen den Abschlussbericht, aber auch ein offizielles Schreiben von LSV Deutschland, in dem sich die Organisation zur Weiterentwicklung der heimischen Landwirtschaft auf der Grundlage der Zukunftskommission bekennt, sofern nur die Finanzierung stimmt. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass wir uns in dieser Frage mit LSV Original einig sind und LSV Deutschland sich offensichtlich selbst noch nicht einig ist bzw. noch Zeit braucht. So bleiben wir mit dem Widerstand gegen die Zukunftskommission vorerst auf uns gestellt.

Deutschlandtreffen der FREIEN BAUERN: Zur Lage der Landwirtschaft



Der Gasthof „Zur Krone“ im hessischen Ziegenhagen war Schauplatz unseres ersten Deutschlandtreffens am 24. Juni mit leider nur 53 Teilnehmern, aber sehr guten Gesprächen und Arbeitsergebnissen ... und das leibliche Wohl und die Geselligkeit kamen auch nicht zu kurz. Zur Lage der Landwirtschaft haben wir uns dabei grundsätzliche Gedanken gemacht, die wir hier in Stichworten wiedergeben, um alle Mitglieder an unseren Überlegungen teilhaben zu lassen – Weiterdenken erwünscht!

Unsere gegenwärtige Situation erinnert an die Landwirtschaft in Großbritannien im 19. Jahrhundert: Die reiche Industrie- und Handelsmacht konnte sich auf der ganzen Welt Lebensmittel kaufen, besaß selber genug eigene Kolonien. Bauern, vor allem auf den schwachen Standorten im Norden, wurden in den Ruin getrieben, reiche Adelige übernahmen die Flächen und produzierten Schafwolle für die Textilfabriken, wo die Verelendeten vielleicht noch Arbeit fanden. Zeitgleich in Preußen/Deutschland die Bauernbefreiung, die ungeheure Produktivkräfte freisetzte. Am Ende des Jahrhunderts war Deutschland eine Großmacht und Großbritannien hing am Tropf von Amerika. Die Folgen solcher Agrarvergessenheit sind gravierend und langfristig: Großbritannien hat heute einen Selbstversorgungsgrad von 60 %, Deutschland von 90 %. Es geht in der gegenwärtigen Auseinandersetzung also nicht nur um unseren Berufsstand, sondern auch um soziale Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit für unser ganzes Land.

Struktur unserer Probleme und Herausforderungen:

1.) Ökonomischer Druck durch Importe: Hier gilt es, die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und Mercosur abzuwehren und eine Herkunftskennzeichnung durchzusetzen – eigentlich noch darüber hinaus: nur Importe aus Ländern, die zu unseren Standards produzieren, insbesondere keine Einfuhren mehr von Soja und Palmöl. Ökonomischer Druck durch Monopole: Hier gilt es, Zulassung und Markteinführung von Gentechnik und Laborfleisch abzuwehren und Mindeststandards für faire Lieferbeziehungen durchzusetzen – eigentlich noch darüber hinaus Marktmacht der Konzerne im vor- und nachgelagerten Bereich zerschlagen durch ein Entflechtungsgesetz (wie schonmal vom FDP-Wirtschaftsminister Brüderle vorgeschlagen).

2.) Politischer Druck durch falsche Förderung: Hier gilt es, die nationale Umsetzung der GAP zu korrigieren (die Investoren, Strukturwandel, Flächenstillegung und Ertragssenkung begünstigt) und die Tierwohlsteuer abzuwehren (die vor allem den Strukturwandel beschleunigen würde). Politischer Druck durch falsches Ordnungsrecht: Hier gilt es – nach der verlorenen politischen Auseinandersetzung – juristisch vorzugehen gegen Düngeverordnung und Pflanzenschutzanwendungsverordnung (Ertragssenkung), Naturschutzrecht (Ertragssenkung, Flächenstillegung) sowie Nutztierhaltungsverordnung (Strukturwandel).

3.) Psychischer Druck: Hier gilt es, in der gesellschaftlichen Diskussion die Unterscheidung hinzukriegen zwischen berechtigter Kritik einerseits (z. B. an Holdings überregionaler Investoren in Ostdeutschland oder an Intensivtierhaltung in einigen Regionen Westdeutschlands) und hysterischer Schuldzuweisung mit persönlichen Anfeindungen andererseits (Klimawandel, Biodiversität, Grundwasser, Feinstaub, Tierleid usw.).

Analyse unserer Gegner in der Auseinandersetzung:

1.) Die Zivilgesellschaft: will eine in der Produktion reduzierte Landwirtschaft, um Platz für Naturschutz zu schaffen. Der Begriff ist fragwürdig, denn seit den Demonstrationen wissen wir, dass die Gesellschaft gar nicht so gegen die Landwirtschaft ist. Auch der Begriff Nichtregierungsorganisationen ist fragwürdig, da die Ministerien inzwischen von Vertretern der NGOs durchdrungen sind. Die Medien ebenfalls. Auf jeden Fall existiert hier ein effektives und vernehmbares Netzwerk, das den politischen und psychischen Druck auf unsere Landwirtschaft maßgeblich zu verantworten hat.

2.) Die Exportindustrie will eine in der Produktion reduzierte Landwirtschaft, um Platz für Agrarimporte zu schaffen. Diese wirkt über ihre Lobbyorganisationen, sie tritt in der öffentlichen Diskussion überhaupt nicht in Erscheinung. Höchstens, indem sie den ökonomischen Druck durch Freihandel und Globalisierung als Preis für den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand rechtfertigt.

3.) Das Großkapital will eine geschwächte Landwirtschaft, um Geld in Land anzulegen und ggf. sogar in der Landwirtschaft selber zu parken (wohl wissend um deren ökonomische Perspektiven). Ein Teil des Großkapitals, der insbesondere in Produktion investiert, ist das Agrobusiness aus den vor- und nachgelagerten Bereichen, das eine starke Agrarbranche braucht, aber durch Marktmacht ökonomischen Druck ausübt, also kein direktes, sondern eher ein indirektes Interesse an einer geschwächten Landwirtschaft hat. Das Großkapital ist ebenfalls stiller Nutznießer der Entwicklung.

Vertreter von Exportindustrie und Großkapital sind für uns im Umgang zwar einfacher bzw. angenehmer als Vertreter der Zivilgesellschaft. Aber bei Geld hört die Freundschaft auf, und die Interessenlagen sind knallhart. Deshalb müssen wir uns vor allem um die Zivilgesellschaft kümmern, auch weil diese in der öffentlichen Debatte die Interessen von Exportindustrie und Großkapital legitimiert. Die Nichtregierungsorganisationen haben sich zwar bequem eingerichtet in ihrer antilandwirtschaftlichen Gänseblümchenblase, aber in ihrer Basis herrscht viel Ahnungslosigkeit und in ihrer Führung gibt es einige interessante Leute. Die Bauernbefreiung haben damals auch Adlige gemacht, die über den Tellerrand hinaus schauen konnten. Durch gute und ehrliche Kommunikation haben wir hier vermutlich die größten Chancen.

Analyse unserer Schwächen in der Auseinandersetzung:

Unsere Betriebe sind stark. Wir haben viele stabile Betriebe, die solide wirtschaften und breit aufgestellt sind. Wir geben nicht auf und wir gehen nicht unter. Dilemma: Einerseits müssen wir die Dramatik der Entwicklung in die Öffentlichkeit tragen, andererseits führt Untergangsrhetorik zur inneren Depression. Deshalb Bewusstsein dafür, wo wir verletzlich sind, um uns zu schützen.

1.) Offene Flanke Hofentwicklung: Der Wachstumswahn, gepredigt von Wissenschaft und Beratung, beflügelt durch den kurzen Boom 2008-2012, hat viele Betriebe beschädigt. Expansion kann sinnvoll sein, Wachstum geht aber auch nach innen in Form von Erhöhung der Eigenkapitalquote, Erhöhung der Stabilität durch Zuerwerb, Nebenerwerb, Vermögensstreuung. Vorsichtig investieren!

2.) Archillesferse Hofnachfolge: Unser Nachwuchs ist nicht dumm und nicht faul und wird liebend gern von der Restwirtschaft abgeworben. Wir können dem ungünstigen Aufwand-Ertrags-Verhältnis und dem gesellschaftlichen Druck nur begegnen durch Überzeugung und Vorbild: Geld und Freizeit sind nicht alles. Aber Landwirt ist der schönste Beruf! Und Bauer ist eine überlegene Lebensform!

Drei strategische Säulen für die Arbeit der FREIEN BAUERN:

1.) Interessenvertretung: politische Arbeit + juristische Begleitung + journalistische Begleitung

2.) Öffentlichkeitsarbeit: Richtung Verpächter, Dorfbewohner, Mittelständler + allgemeine Öffentlichkeit

3.) Berufsorganisation: Festigung von Überzeugung + Lebenseinstellung + Gemeinschaftsgefühl

Aktueller Stand sind 1360 Mitglieder. Interessenvertretung funktioniert bereits. Öffentlichkeit und Berufsorganisation sind auszubauen. Dafür müssen wir im Winter persönliche Begegnungen möglich machen.

Hochwasser, Hilfe und ein herzliches Dankeschön!



15.023 Euro haben Mitglieder der FREIEN BAUERN bis Ende August für vom Hochwasser im Rheinland besonders betroffene Berufskollegen gespendet. Und das, obwohl wir keine Bescheinigung ausstellen konnten. Dafür ist das Geld ohne Verwaltungsaufwand oder Antragsverfahren direkt und vollständig bei Betroffenen angekommen, auf die wir durch vor Ort engagierte Mitglieder aufmerksam wurden. Je 3.000 Euro wurden ausgezahlt an unser Mitglied Karl-Heinz Becker (Ackerbau- und Rindermastbetrieb in Nemenich, das Foto links zeigt die Fensterbank vom Wohnzimmer), an Johannes Hemmersbach (Gemüsebaubetrieb

mit Direktvermarktung in Bliesheim), an Alfred Klinkhammer (Milchviehbetrieb in Ripsdorf), an Friedhelm Ebbeler (Ackerbaubetrieb in Blessem) und an Jürgen Nelles (Milchviehbetrieb in Schuld). Auf den ersten vier Betrieben standen die Hofstelle einschließlich Wohngebäude unter Wasser. Beim fünften Betrieb sind hofnahe zehn Hektar Grünland nach wie vor teils meterdick mit Geröll bedeckt. Ebenfalls über unser Konto abgewickelt wurde die Bezahlung von Diesel für Futterlieferungen ins Katastrophengebiet, die unser Ansprechpartner in Baden-Württemberg Thomas Frenk organisierte. Große Mengen Futter rollten auch aus Ostfriesland in die Region, siehe Foto unten – hier lag die Logistik in den Händen unseres niedersächsischen Landessprechers Fokko Schumann und unserer Landesreferentin Sara Collmann. Zu den vielen Landwirten, die vor Ort halfen, zählte unsere Ansprechpartnerin in Bayern Kerstin Bär, das Foto rechts zeigt sie bei Aufräumarbeiten in Marienthal an der Ahr. Nur mit Schaufel und Brecheisen bewaffnet fuhr sie am fünften Tag nach der Katastrophe los und arbeitete sich insgesamt zwei Wochen mit anderen privaten Helfern durch Schutt und Schlamm, erlebte hautnah das Ausmaß der Zerstörung und Verzweiflung, aber auch die Dankbarkeit der Anwohner nicht nur für die praktische Hilfe (die notgedrungen mühsam vorankam), sondern bereits für die bloße Tatsache, dass sie in ihrem Elend nicht allein gelassen wurden. „Ein Stückweit habe ich dort meinen Glauben an das Gute im Menschen zurückerlangt“, schreibt sie in einem Erfahrungsbericht, den wir noch im Internet veröffentlichen werden, und schlägt vor, Solidarität künftig neu zu buchstabieren: SolidAHRität.



FREIE BAUERN fordern Soforthilfen für hochwassergeschädigte Betriebe

(25.07.2021) Die FREIEN BAUERN, haben schnelle Hilfen für alle von den Überflutungen im Rheinland geschädigten Landwirtschaftsbetriebe verlangt und zugleich Behauptungen zurückgewiesen, die Landwirtschaft trage in irgendeiner Weise Verantwortung für die Naturkatastrophe.

„Landwirte aus der Region und allen Teilen Deutschlands waren mit ihrer Technik als erste vor Ort und helfen bis heute uneigennützig bei den Aufräumarbeiten. Das darf aber den Blick nicht dafür verstellen, dass auch Landwirtschaftsbetriebe schwer geschädigt und teilweise existenziell bedroht sind“, sagte der Sprecher der FREIEN BAUERN Nordrhein-Westfalen Thomas Esser. Insbesondere die tiefer gelegenen Ackerflächen, über die sich die Wassermassen verteilt haben, sind massiv mit Unrat aller Art durchsetzt, könnten praktisch kaum beerntet werden. Aufgrund möglicher Verunreinigungen sei es derzeit so gut wie unmöglich, die Ernte zu vermarkten, führt Esser aus und fordert für die betroffenen Bauern eine Soforthilfe von 1000 Euro pro Hektar: „Das würde schnell Liquidität auf die Betriebe bringen. In einen nachgeschalteten Antragsverfahren könnte der drohende Totalverlust, abhängig vom Wert der jeweiligen Kulturen, abgemildert werden.“

„Die Flut hat gravierendes Staatsversagen im Katastrophenschutz offenbart – dass in dieser Situation ein staatlicher Sender mit dreisten Lügen versucht, uns Landwirten Schuld in die Schuhe zu schieben, ist ein Medienskandal“, reagierte der Sprecher der FREIEN BAUERN Rheinland-Pfalz Klaus-Peter Weinand unterdessen auf eine Sendung des ZDF-Wissenschaftsmagazins Leschs Kosmos, in der behauptet wurde, Bodenverdichtungen durch landwirtschaftliche Maschinen trügen eine Mitverantwortung für die Flut. Jeder Landwirt wirtschaftete so, dass Verdichtungen vermieden, im Zweifel rasch beseitigt werden, da sonst auf den Flächen nichts wachsen würde. Boden sei das Kapital des Landwirts, aber es gebe keinen Boden, der in so kurzer Zeit Niederschläge von 200 Litern pro Quadratmeter aufnehmen könne, erklärt Weinand: „Wenn Lesch Anstand hätte, müsste er nach dieser Entgleisung seinen Hut nehmen. Definitiv kann so jemand kein Wissenschaftsmagazin mehr moderieren.“

*Überregionale Medienresonanz als **Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe** in Deutschland hatten wir im Juli mit unserem Ansprechpartner in Baden-Württemberg Thomas Frenk in der SWR-Reportage „Aufstand mit Trecker“ über die Bauernproteste und mit unserem Ansprechpartner in Bayern Armin Brader, der auf einer ganzen Seite in der FAZ darstellen durfte, warum er als einer der ersten Betriebe*



vollständig auf Agrarantrag und Direktzahlungen verzichtet und damit besser klarkommt als vorher, außerdem mit einem Beitrag über unseren Bundessprecher Alfons Wolff in der Mitteldeutschen Zeitung. Und im Bundestag sowie im Landtag Brandenburg konnte unser Politikreferent Reinhard Jung mit nachfolgenden Stellungnahmen ausführlich die Agrarpolitik der FREIEN BAUERN erklären.

Auf Sendung: Familie Frenk aus Nonnenweiler

Bauernhöfe statt Agrarkonzerne: Stellungnahme der FREIEN BAUERN zur nationalen Umsetzung der GAP im Bundestag am 7. Juni 2021

Die FREIEN BAUERN lehnen die Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik GAP ab. Zu den großen Fragen unserer Zeit – Bauernhöfe oder Agrarkonzerne sowie das Verhältnis von Landwirtschaft und Naturschutz – tragen diese Entwürfe nichts bei. Deshalb sehen Sie mir bitte nach, wenn ich sie hier nicht im einzelnen kritisiere, sondern die Defizite grundsätzlich benenne.

Zu den Direktzahlungen: Wir haben in Ostdeutschland ein Riesen-Problem mit dem Ausverkauf der Landwirtschaft an überregionale Investoren. Laut Thünen- Studie von 2017 werden inzwischen rund 20 Prozent der Fläche von solchen Heuschrecken bewirtschaftet. Die Bundeslandwirtschaftsministerin hat die ostdeutschen Landesregierungen mehrfach angemahnt, diesem Ausverkauf über die Gesetzgebungskompetenz im Bodenrecht den Riegel vorzuschieben, wohl wissend, dass staatliche Regelungen in diesem Bereich sehr engen verfassungs- und europarechtlichen Grenzen unterliegen. Gleichzeitig hätte sie mit den Direktzahlungen weitaus größere Spielräume für politische Einflussnahme – Haushaltspolitik statt Ordnungspolitik – lässt diese aber komplett ungenutzt. Das ist völlig unglaublich, bestätigt aber leider den Eindruck, den wir in den letzten vier Jahren von Julia Klöckner gewinnen durften. Wir haben in zahllosen Gesprächen mit Abgeordneten der Regierungskoalition, lange und intensiv vor allem mit Herrn Staatssekretär Feiler, unsere Vorschläge für eine agrarstrukturelle Ausrichtung der Direktzahlungen erörtert. Zunächst bezogen auf die Kappung: Da haben wir gesagt die Eigentümer ortsansässig und keine Stichtagsregelung, so dass die Betriebe sich anpassen können. Danach bezogen auf die Umverteilung: Da haben wir gesagt orientiert am Durchschnitt im Haupterwerb, begrenzt auf ortsansässige natürliche Personen analog zur Junglandwirteprämie. Ich muss mich wegen der drei Minuten auf diese Stichworte beschränken, würde Ihnen aber in der Fragerunde sehr gern unsere detailliert ausgearbeiteten Vorschläge im einzelnen darstellen. Jedenfalls wurde keiner unserer Vorschläge auch nur ansatzweise in Erwägung gezogen. Vielmehr hat sich die Bundesregierung in dieser Frage zu 100 Prozent an den Bauernverband gehalten, und der hat – wie wir alle wissen – überhaupt kein Problem mit dem Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft an das westdeutsche Großkapital. Seine Funktionäre profitieren ja davon.

Zur grünen Architektur der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik: Dass das System erneut komplizierter und bürokratischer geworden ist, war für uns keine Überraschung. Unsere Kritik richtet sich vor allem gegen die Maßnahmen zur Reduzierung der Landwirtschaft: 3 Prozent unproduktive Fläche als Bedingung für die Direktzahlungen, dazu über die Ökoregelungen in der ersten Säule und die Agrarumweltprogramme in der zweiten Säule vielfältige weitere Anreize für Flächenstillegung. Das passt zu Düngerverordnung und Insektenschutzprogramm, wo Reduzierungen in so genannten roten Gebieten, in FFH-Gebieten und an den Gewässerrändern zwangsweise angeordnet werden ... alles zusammen und noch ein paar neue Häuser und Straßen, die keiner braucht, und am Ende des Tages liegen wir bei einer Größenordnung von 2 bis 3 Prozent weniger landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland. Passt wunderbar zu CETA, TTIP und Mercosur, ist aber das genaue Gegenteil von Klimaschutz oder Biodiversität. Auch hier zu unseren Vorschlägen nur Stichworte: Wir hatten eine Verdichtung des Biotopverbundsystems aus Gehölzstreifen und Wasserläufen vorgeschlagen – braucht wenig Fläche und hat großen Nutzen – sowie eine deutliche Verringerung der Einfuhren an Soja und Palmöl. Damit würden sich viele Probleme in Luft auflösen, dagegen stehen allerdings – das wissen wir auch – die Interessen der exportorientierten Industrie in unserem reichen Land ...

Was also tun mit den Gesetzentwürfen? Ich kann Ihnen nicht dazu raten, diesen zuzustimmen. Sie stehen ohnehin unter dem Vorbehalt der Trilog-Ergebnisse. Ich würde mir wünschen, die Offenheit in Brüssel zu nutzen, um wesentliche Korrekturen zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft zu erreichen. Lieber noch ein Jahr Verlängerung für die bisherige Verfahrensweise und dann eine Agrarreform, die den Namen verdient. In einem Jahr haben wir eine neue Bundesregierung, höchstwahrscheinlich eine andere Bundesregierung, vielleicht sogar eine bessere Bundesregierung. Neues Spiel neues Glück. Ich weiß nicht, wer von Ihnen noch dabei sein wird – wir sind auf jeden Fall noch da in einem Jahr und bieten allen die Zusammenarbeit an, denen es um eine bäuerliche Landwirtschaft geht. (RJ)

Bauernhöfe statt Agrarkonzerne: Stellungnahme der FREIEN BAUERN zum agrarstrukturellen Leitbild im Landtag Brandenburg am 2. Juni 2021

Der Entwurf des Ministeriums wird bezeichnet als agrarstrukturelles Leitbild. In Wirklichkeit handelt es sich um ein umfassendes agrarpolitisches Leitbild, noch dazu um eines, das in seinem agrarstrukturellen Kern vage bleibt. Das kann man machen, aber es ist ungeeignet für ein Agrarstrukturgesetz, das ja nicht nur rechtlichen Bestand haben soll, sondern auch noch eine positive agrarstrukturelle Wirkung.

Wir reden über einen massiven Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum. Dieser ist gerechtfertigt durch die besondere volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Bodens, das ist richtig. Und er ist juristisch abgesichert durch jahrzehntelange Rechtsprechung, bezogen auf die Kombination aus dem Reichssiedlungsgesetz und dem Grundstücksverkehrsgesetz auf Bundesebene. Die Rechtsprechung bezieht sich allerdings ausschließlich auf agrarstrukturelle Aspekte im engeren Sinne, nämlich auf den Zusammenhang von Landwirt, Boden und Eigentum. Alles, was darüber hinausgeht – ich bezeichne es mal als agrarpolitische Ziele – von der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit bis zur arbeitsintensiven Produktion, regionalen Versorgung und Biodiversität – kann man zwar im weiteren Sinne als agrarstrukturell bezeichnen, das ist eine semantische Frage. Man begibt sich damit aber rechtlich auf Neuland. Und zwar bei einem massiven Grundrechtseingriff.

Liebe vergeht, Hektar besteht. Agrarstrukturelle Aspekte im engeren Sinne lassen sich hervorragend in objektiv messbare Parameter fassen. Agrarpolitische Ziele dagegen sind einem schnellen Wandel unterworfen und viel weniger fassbar, weil oft unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wie sie erreicht werden können. Es gibt also einen großen Interpretationsspielraum, und das – wiegesagt – bei einem massiven Grundrechtseingriff. Das wird Ihnen jedes Gericht um die Ohren hauen. Wenn das Leitbild sich für ein Agrarstrukturgesetz eignen soll, rate ich deshalb dringend dazu, sich auf agrarstrukturelle Aspekte im engeren Sinne zu konzentrieren.

Genau hier enttäuscht der Entwurf des Ministeriums leider. Alles, was die spezifischen Ziele des Landes Brandenburg im Zusammenhang von Landwirt, Boden und Eigentum nicht präziser als bisher definiert, bringt uns nicht voran. Vielfalt – wie im Entwurf verwendet – ist nur ein anderes Wort für Beliebigkeit. Besonders krass finde ich die Formulierung „Kapitalanleger können auch agrarstrukturell positive Entwicklungen fördern“. Meine Damen und Herren, warum sitzen wir eigentlich hier? Um festzustellen, dass es auch gute Heuschrecken gibt, weil es Bio-Heuschrecken sind oder wie sollen wir das verstehen? Die Thünen-Studie von 2017 belegt einen rasanten Ausverkauf der ostdeutschen Agrarbetriebe – vor allem der angeblich so stabilen Großbetriebe – an überregionale Investoren. Rund 20 Prozent der Fläche werden inzwischen von Betrieben bewirtschaftet, die nicht mehr Brandenburgern gehören. Diese für Bran-

denburg schädliche Entwicklung, das wissen wir, geht mit unverminderter Geschwindigkeit weiter. Und weil wir diese Entwicklung nicht wollen und zumindest abbremsen wollen, brauchen wir das Leitbild, für nichts anderes! Im Gegenteil, alles andere lenkt nur ab.

Die Herausforderung ist also: Wie formulieren wir in einem Land, das geprägt ist durch unterschiedliche Betriebsstrukturen, ein im engeren Sinne agrarstrukturelles Leitbild, mit dem wir uns in Stellung bringen gegen den Ausverkauf an überregionale Investoren? Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: Indem wir das reinschreiben, was wir wollen. Wir wollen viele ortsansässige selbständige Landwirte. Da steckt „viele“ drin, das bedeutet eine breite Streuung des Eigentums. Da steckt „ortsansässig“ drin, das bedeutet persönliche Verankerung der Eigentümer in der Region. Und da steckt „selbständig“ drin, das bedeutet persönliche Verantwortung für Ökonomie und Ökologie, die Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften. Dabei geht es um Landwirte. Wie diese Landwirte sich organisieren ist zweitrangig – ob als Inhaber eines Einzelunternehmens, als Partner einer Personengesellschaft oder als in verantwortlicher Position tätiger Teilhaber einer juristischen Person ...

Wir wollen viele ortsansässige selbständige Landwirte – wo ist das Problem? Ich kann Ihnen sagen, wo das Problem liegt: Bei einem Bauernverband, dessen Funktionäre ihre Großbetriebe bei Erreichen des Rentenalters verkaufen wollen, und zwar meistbietend, ganz egal an wen. Bei einer Ministerialbürokratie, die sich genau diesen Großbetrieben zutiefst verpflichtet fühlt, weshalb auch immer. Und bei einer ökogrünen Klientel, die das Problem zwar erkennt, aber bei der Gelegenheit gleich noch die ganze Welt retten möchte und damit indirekt dafür sorgt, dass am Ende nur Murks herauskommt. So wie bei diesem Entwurf. Ich glaube, der Minister weiß um dieses Dilemma. Wenn wir in drei Jahren nicht genauso mit leeren Händen dastehen wollen wie Sachsen-Anhalt, muss die Unterstützung aus dem parlamentarischen Raum kommen. Wir arbeiten Ihnen gerne zu. (RJ)

Unsere Position zum agrarstrukturellen Leitbild in Brandenburg haben wir mittlerweile auch in der zweitgrößten Zeitung des Landes Märkische Oderzeitung darstellen können. Bei einem Gespräch im Ministerium, an dem unsere Fachreferentin Frieda Simon teilnahm, kam jedoch wieder zum Ausdruck, dass mehrere Beteiligte überhaupt kein Interesse an Ergebnissen zu haben scheinen. Läuft doch gut für die raffgierigen Agrargenossen und ihre Geschäftspartner mit dem großen Geld. Allerdings steht das Agrarstrukturgesetz im Koalitionsvertrag und es ist dem grünen Minister offenbar ein echtes Anliegen.

*Viel Gesprächsstoff also für das diesjährige **Herbsttreffen des Bauernbundes Brandenburg e.V.**, Landesgruppe der FREIEN BAUERN, das wir am 7. November in der Prignitz durchführen möchten. Nach einer durchwachsenen Ernte und einer bis dahin hoffentlich erfolgreich abgeschlossenen Bestellung werden wir uns wieder auf zwei schönen Betrieben treffen und austauschen. Die schriftliche Einladung für die Brandenburger liegt diesem Rundbrief bei, alle Mitglieder erhalten noch eine Information per E-Mail.*



FREIE BAUERN Brandenburg verlangen Unterstützung in ASP-Gebieten

(23.08.2021) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben mehr Unterstützung für die von der Schweinepest-Bekämpfung betroffenen Betriebe gefordert. „Wir tragen bisher weitgehend allein die Lasten einer Politik, die angeblich die gesamte deutsche Schweinehaltung vor der Seuche schützen soll“, sagte Christoph Schulz, ASP-Beauftragter der FREIEN BAUERN, vor der für den 1. September geplanten Sonder-Agrarministerkonferenz zum Thema. „Wenn die Restriktionsmaßnahmen in unserer Region noch über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten werden sollen, muss richtig viel Geld in die Entschädigung fließen, anderenfalls sehe ich keine Akzeptanz mehr im Berufsstand“, so der 35jährige Landwirt, der einen Gemischtbetrieb im brandenburgischen Atterwasch bewirtschaftet.

Dass das nahezu totale Bewirtschaftungsverbot aus der Anfangszeit inzwischen weitgehend aufgehoben wurde, reicht Schulz nicht mehr aus: „Nach wie vor müssen wir Zaunsysteme umfahren, Fallwild suchen und Schneisen freihalten, nach wie vor können wir unsere Ackerfrüchte entweder überhaupt nicht oder nur gesondert vermarkten mit entsprechenden Abzügen – und niemand ersetzt uns die Kosten.“ Besonders problematisch sei die Lage bei den Schweinehaltern in den Restriktionsgebieten, die ihre Tiere derzeit nur an einen unter Vertrag stehenden Schlachthof in Schleswig-Holstein liefern dürfen, dessen Kapazitäten aber längst nicht ausreichen, berichtet Schulz: „Hier brauchen wir dringend weitere Optionen. Das ist wie eine kalte Enteignung, wenn die Tiere nicht verkauft werden können, aber weiter gefüttert werden müssen.“ Die FREIEN BAUERN kritisieren seit langem, dass die Landwirtschaft im Osten Brandenburgs aufgrund der bei Wildschweinen vorkommenden Schweinepest mit Restriktionen belastet werde, ohne dass dem nennenswerte Bemühungen zur Dezimierung des Schwarzwildbestandes gegenüber stünden. Schulz: „Uns fehlt das Verständnis für diese Strategielosigkeit. Wir brauchen schnelle Hilfe jetzt und wir brauchen Perspektiven für morgen.“

Außer warmen Worten vom Staatssekretär hat die Agrarministerkonferenz am 1. September nichts gebracht. Zum ersten Jahrestag haben wir deshalb nach eingehender Beratung mit den bei uns aktiven Schweinehaltern aus Ost und West einen Kurswechsel in der ASP-Bekämpfung vorgeschlagen.

FREIE BAUERN nach einem Jahr ASP: Lernen, mit der Seuche zu leben

(09.09.2021) Ein Jahr nach dem ersten Auftreten der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland bei einem Wildschwein im brandenburgischen Spree-Neiße-Kreis haben die FREIEN BAUERN einen radikalen Kurswechsel gefordert. „Wie bereits damals von uns vorhergesagt hat es sich als unmöglich erwiesen, die Seuche in der freien Natur einzudämmen oder gar auszurotten, deshalb müssen jetzt endlich alle Auflagen für die Landwirte in den betroffenen Gebieten fallen“, sagte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Wie andere Staaten auch sollten wir lernen, mit der Seuche zu leben und unsere Schweinebestände bestmöglichst zu schützen.“ Statt veterinärbürokratischer Allmachtsphantasien wünscht sich der 49jährige Landwirt aus Krielow im Havelland von den Verantwortlichen eine Rückkehr zur klassischen Seuchenbekämpfung, die bei den landwirtschaftlichen Betrieben ansetzt.

„Es macht mehr Sinn, Zäune um Schweineställe zu bauen als einen Zaun quer durch Deutschland, den man alle paar Wochen verschieben muss“, argumentiert Hintze für eine pragmatische Herangehensweise. Außenzäune und Hygieneschleusen, je nach örtlichen Gegebenheiten, seien der Schlüssel für hohe Biosicherheit und auf den meisten Betrieben ohnehin Standard. Auslauf- und Freilandhaltungen soll-

ten nicht verboten, sondern noch besser geschützt werden, trotzdem sei ein Eindringen des Erregers nie auszuschließen. Für den Zeitraum, bis der Seuchendruck durch die krankheitsbedingte Verringerung der Wildschweinpopulation von selbst abnehme, müssen nach Ansicht der FREIEN BAUERN die Mittel der Tierseuchenkasse aus öffentlichen Haushalten aufgestockt werden. Hintze: „Die Bewältigung der Seuche ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur einem Bundesland aufgebürdet werden darf.“

Nach wie vor leiden die Bauern im Osten Brandenburgs unter praxisfremden Auflagen, müssen Zäune umfahren, Flächen absuchen, Schneisen anlegen, Abzüge oder Verzögerungen bei der Vermarktung ihrer Produkte erdulden – ohne dass dem staatlichen Reglement der Landwirtschaft irgendwelche nennenswerten staatlichen Anstrengungen zur Reduzierung der Wildschweine gegenüberstünden. „Das passt alles nicht zusammen“, resümiert Hintze: „Nach einem Jahr ohne sichtbare Erfolge und vor allem ohne realistische Perspektive verlangen wir einen Neubeginn mit Vernunft und Augenmaß.“



FREIE BAUERN fordern Schutzjagd auf Wölfe nach skandinavischem Vorbild

(06.09.2021) Die FREIEN BAUERN haben ihre Forderung nach einer Regulierung der Wolfsbestände bekräftigt. „Die nächste Bundesregierung sollte dem Vorbild skandinavischer Länder folgen und die Jagd auf Wölfe legalisieren“, sagte Frank Michelchen, Wolfsbeauftragter der FREIEN BAUERN, anlässlich der Vorstellung des Dokumentarfilms „Wölfe ohne Grenzen“ heute in Berlin. Wenn die Ausbreitung des Großraubtiers nicht schnell und wirksam gestoppt werde, drohe flächendeckend ein Rückgang der besonders art- und umweltgerechten Weidetierhaltung, warnt der 56jährige Biobauer aus dem brandenburgischen Leibsch und weist darauf hin, dass sich Schutzjagden zur Abwehr von Wolfsangriffen auf Weidetiere durchaus mit dem europäischen Naturschutzrecht vereinbaren lassen.

Michelchen dankte Wendelin Schmücker vom Förderverein der deutschen Schafhaltung für den Film, der den betroffenen Weidetierhaltern eine Stimme verleiht und aus seiner Sicht zwei Aspekte besonders herausarbeitet: „Zum einen wird deutlich, dass alle Investitionen in Herdenschutz, sei es durch Zäune oder durch Hunde, Wolfsangriffe nur verzögern, aber nicht verhindern können. Zum anderen offenbart der Film einen Zielkonflikt innerhalb des Naturschutzes, denn unter dem Rückgang der Beweidung leidet die Artenvielfalt des Grünlandes enorm.“ Der mit mehr als 15.000 Exemplaren allein in der Europäischen Union schon lange nicht mehr vom Aussterben bedrohte Wolf sei zum PR-Maskottchen einer gut vernetzten Lobby aus Verbandsfunktionären, Planern und Bürokraten geworden, die von seiner Ausbreitung profitieren und sich bisher jeder vernünftigen Diskussion verweigern, bedauert der Landwirt.

Bei der Anzahl der Wölfe möchten sich die FREIEN BAUERN an dem in Schweden angewandten Prinzip einer absoluten Obergrenze orientieren, bei deren Überschreitung Abschussrechte vergeben werden. „Auf das etwas kleinere und dichter besiedelte Deutschland bezogen wären das etwa 250 Wölfe, die in Naturparks sowie auf Tagebaukippen und Truppenübungsplätzen ihr Zuhause finden könnten“, argumentiert Michelchen und spricht sich für ausgedehnte wolfsfreie Zonen aus: „Wo Menschen und Weidetiere sind, verbreitet der Wolf Angst und Schrecken und Tod – da hat er nichts zu suchen.“

Immer noch keine greifbaren Ergebnisse gibt es bei den Arbeitsgruppen mit dem Lebensmitteleinzelhandel, in denen wir gemeinsam mit BDM, Milchboard, LSV und AbL seit Frühjahr mitwirken. Während hier konkrete Schritte Richtung kostendeckende Preise verhandelt werden, droht mit der inzwischen parallel gebildeten Koordinierungszentrale aus Bauernverband und Lebensmittelhandelsverband eine neue Luftnummer, die ins Nichts führt. Die Verhandlungen laufen auf eine Entscheidung zu, mehr im nächsten Rundbrief. Wahrscheinlich werden im Winter neue Proteste nötig werden.

FREIE BAUERN Niedersachsen auf der Mahnwache in Zeven

(19.06.2021) Die FREIEN BAUERN Niedersachsen werfen dem Deutschen Milchkontor DMK vor, trotz sehr guter Absatzlage bei Trinkmilch und Milchprodukten die für ihre Lieferanten dringend notwendigen Preisanhebungen zu verhindern. „Wenn die größte Molkerei Deutschlands jetzt noch lausige 33 Cent zahlt, dann wirtschaftet das Management damit in die eigene Tasche und nicht im Sinne der tausenden Genossenschaftsmitglieder, die seit Monaten keine Kostendeckung mehr auf ihren Höfen haben und von der Substanz leben“, sagte Landessprecher Fokko Schumann, Landwirt aus dem ostfriesischen Berumbur, auf der Mahnwache protestierender Milcherzeuger vor der Molkereizentrale in Zeven. Die FREIEN BAUERN rufen daher alle Berufskollegen auf, die Aktion zu unterstützen, die zum Ziel hat, beim Marktführer ein Umdenken in der Geschäftspolitik zu erreichen.

Die Mehrerlöse aufgrund gestiegener Ladenpreise bräuchten die Milcherzeuger derzeit zuallererst für die Konsolidierung der eigenen Unternehmen, argumentieren die FREIEN BAUERN. Darüber wurde den Demonstranten von Aufsichtsrat Heinz Korte bereits letzten Sonntag ein Gespräch mit dem für den Rohstoffeinkauf verantwortlichen DMK-Geschäftsführer Ingo Müller zugesagt, aber bis heute nicht realisiert. „Die Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand und haben durch langfristige Lieferbindung kaum Möglichkeiten, sich aus den ausbeuterischen Produktionsverhältnissen zu befreien“, beschreibt Schumann die schwierige Situation: „Die Forderung nach politischen Eingriffen in den offensichtlich nicht mehr funktionierenden Markt wird lauter. Das DMK wäre gut beraten, jetzt das Gespräch zu suchen und seinen Mitgliedern mit einem deutlichen Preissignal entgegenzukommen.“

Diskussion über Laborfleisch: Argumente erinnern an Grüne Gentechnik

Bei bestem Heuwetter (das Heu ist trotzdem noch geworden) durfte sich unser Politikreferent Reinhard Jung am 10. Juni in Hamburg im Online-Format „Diskuthek“ des STERN mit einer Starköchin, einer Forscherin und einem Veganer zum Thema Laborfleisch auseinandersetzen. Drei gegen einen, denn die



Starköchin, die einen bewussten Fleischkonsum vertreten sollte, schwächelte in der Runde, während der Veganer sich eloquent in Szene setzen konnte und am Ende Laborfleisch als großartige Alternative anpries für alle diejenigen, die noch nicht so weit sind wie er. Schwerer Stand also für unser Argument, dass Fleisch in bäuerlichen Familienbetrieben mit Verantwortung und Respekt vor den Tieren produziert wird oder dass ein echtes Na-

turprodukt viel gesünder ist als ein künstlich hergestelltes Industrieerzeugnis. Oder dass es für unsere Demokratie einen Unterschied ausmacht, wenn eine überlebenswichtige Branche 10 Konzernen gehört statt 100.000 Mittelständlern. Unglaublich, mit welcher Technikgläubigkeit der Veganer all dies von sich wies und moralische Überlegenheit zelebrierte. Ins Schlingern geriet er dennoch, als Jung an die Grüne Gentechnik erinnerte: „Auch damals waren die Problemlösungen sehr hypothetisch, beruhten größtenteils auf dem Prinzip Hoffnung, auch damals mussten Klima und Welternährung gerettet werden, auch damals gab es praktisch null Fortschritt im Hinblick auf Produktivität oder Ressourcenverbrauch, es ging eigentlich nur um Patente und Marktanteile und die Macht großer Konzerne.“ Das saß, und so endete die Diskussion in einem allgemeinen Geplänkel, dass die Welt schlecht sei, dass man Fortschritt nie ausschließen dürfe und mit einer bäuerlichen Empfehlung an die Forscherin: „Wenn Sie Socken erfinden, die in den Gummistiefeln nicht rutschen, haben Sie für die Menschheit mehr getan.“ Die ganze Debatte inklusive veganem Shitstorm in den Kommentaren gibt es auf YouTube unter „Diskuthek & Laborfleisch“.

FREIE BAUERN zum Insektenschutzprogramm: Nichts verstanden!

(23.06.2021) Die FREIEN BAUERN haben vor den anstehenden Entscheidungen von Bundestag und Bundesrat zum so genannten Insektenschutzprogramm der Bundesregierung angekündigt, die geplanten Bewirtschaftungsauflagen nicht akzeptieren zu wollen. „Wenn die Bundesregierung meint, sie könne ihre fachlich falschen Regeln mit Geld rechtfertigen, hat sie nichts verstanden“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN mit Blick auf die von CDU/CSU und SPD ausgehandelten 65 Millionen Euro an Ausgleichszahlungen für betroffene Betriebe: „Seit anderthalb Jahren protestieren wir dagegen, dass unsere heimischen Bauernhöfe sinnlos runtergeregelt und damit zusätzliche Agrarimporte aus Übersee ermöglicht werden.“ Die neue bäuerliche Protestbewegung streite aus Überzeugung für einen gleichberechtigten Platz der Landwirtschaft in der Gesellschaft und lasse sich nicht einfach kaufen wie ein Lobbyverband, so der 60jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Frau Klöckner wird es vielleicht nicht mehr lernen, aber spätestens ihr Nachfolger wird sich daran gewöhnen müssen, dass Bauern in Deutschland wieder unabhängig und selbstbewusst ihre Interessen vertreten.“

Durch die Naturschutzgesetznovelle würden auf artenreichem Grünland und Streuobstwiesen besonders naturnah wirtschaftende Betriebe faktisch enteignet, die Neufassung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung würde ohne nachgewiesenen Nutzen für Insekten die Bewirtschaftung an Gewässerrändern und im Umkreis von Biotopen extrem einschränken, fassen die FREIEN BAUERN ihre Kritik zusammen. Sollten Bundestag und Bundesrat den Regelwerken zustimmen, entscheiden sie damit gegen die regionale Erzeugung von Lebensmitteln und für brennende Regenwälder, argumentiert Wolff: „Auch wir können etwas für den Insektenschutz tun, etwa durch Neuanlage von Hecken und Baumreihen, aber primitive Flächenstillegung bringt definitiv nichts. Und wenn der Rest der Gesellschaft munter weiter macht mit immer mehr Beton, Autos, Strahlung und Beleuchtung, werden sich die Probleme der Insekten noch deutlich verschärfen.“



Mit der (absehbaren) Niederlage beim Insektenschutzprogramm war die tagesaktuelle Politik fürs erste vorbei. Nicht, dass wir seitdem nicht mit Politikern gesprochen hätten – zum Beispiel gab es zwischenzeitlich interessante Kontakte mit der grünen Bundestagskandidatin Ophelia Nick, der FDP-Bundestagsabgeordneten Nicole Bauer und dem SPD-Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern Till Backhaus. Alles aber mit Blick auf die Zeit nach dem 26. September. Die Wahlkampfphase haben wir genutzt, um zu drei Zukunftsthemen Grundsätzliches zu sagen ... auch wenn es nicht alle gern hören wollen.

FREIE BAUERN: Warum Landwirte Veganer nicht ernst nehmen können

(18.07.2021) Die FREIEN BAUERN haben auf das Phänomen hingewiesen, dass nahezu alle Landwirte Veganismus für eine geistige Verirrung halten. „Im Gegensatz zu den Verbrauchern, die ökologische oder regionale Lebensmittel nachfragen und die ein hohes Ansehen im Berufsstand genießen, werden Veganer nicht ernst genommen und als Luxusproblem einer von der Natur entfremdeten Gesellschaft gesehen“, berichtet Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Das habe nichts mit Arroganz oder Intoleranz zu tun, sondern folge logisch daraus, dass es keine vegane Landwirtschaft gebe, so der 56jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfheim: „Die Zutaten für vegane Produkte wurden mit meiner Schweinegülle gedüngt oder sie stammen aus Übersee, wo niemand die Produktion kontrolliert.“ Eine Landwirtschaft ohne Einbeziehung von Tieren in die Stoffkreisläufe sei nicht nur unwirtschaftlich, sondern würde unweigerlich zu Hunger führen, erklärt Straller: „Mehr als ein Viertel unserer landwirtschaftlichen Flächen sind Grünland, das nur über Rinder, Schafe und Ziegen genutzt werden kann. Auf dem Acker sind Futterpflanzen Bestandteile einer vielfältigen Fruchtfolge, außerdem fällt immer Getreide an, das nicht verbacken, jedoch verfüttert werden kann. Und schließlich lassen sich Nebenprodukte aus der Ernährungswirtschaft hervorragend über die Allesfresser Schwein und Geflügel verwerten.“ Würde Landwirtschaft auf diese Möglichkeiten verzichten und sich nur „die Radieschen rauspicken“, wäre dies eine gigantische Verschwendung natürlicher Ressourcen. Auch ethische Gründe gegen das Töten von Tieren lässt Straller nicht gelten: „Unsere Nutztiere gäbe es ja gar nicht, wenn wir sie nicht züchten, halten und füttern würden.“ Fiele etwa das Grünland aus der Nutzung heraus, könnten dort zwar wesentlich mehr Wildtiere leben, diese würden allerdings auch fressen und gefressen werden, argumentiert der Landwirt: „Wer einmal dabei zugesehen hat, wie eine Katze einen Vogel frisst, wird sich nie wieder über Schlachthofskandale aufregen.“ Die Natur sei grausam, aber perfekt, sagt Straller: „Wir Bauern sind weder das eine noch das andere, aber wir versuchen, den Tieren mit Respekt zu begegnen, weil sie Teil unseres Lebens und unseres wirtschaftlichen Erfolges sind.“ Die FREIEN BAUERN weisen darauf hin, dass sie sich seit langem gegen agrarindustrielle Großmastanlagen und gegen Futtermittelimporte aus Südamerika engagieren. Straller: „Wir wollen gern mit kritischen Verbrauchern ins Gespräch kommen. Am besten bei einer leckeren Bratwurst auf dem Grill.“

FREIE BAUERN: Klimaschutz in der Landwirtschaft ist komplett sinnlos

(03.08.2021) Die FREIEN BAUERN lehnen jede Beteiligung der Landwirtschaft an Klimaschutzmaßnahmen als sinnlos ab und halten bereits die Diskussion darüber für abwegig. „Unsere Betriebe wirtschaften in Stoffkreisläufen, die im Wesentlichen darauf beruhen, dass die von uns angebauten Pflanzen Kohlendioxid aus der Luft in Biomasse umwandeln, das die von uns ernährten Menschen und Tiere durch Atmung in die Luft abgegeben haben“, erklärte Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Dieser Prozess ist ein Wunder der Natur, nennt sich Photosynthese und sollte jedem Kind ab

der 7. Klasse bekannt sein.“ Teil der Stoffkreisläufe sei auch das Treibhausgas Methan, das in der Atmosphäre nach etwa zehn Jahren in Kohlendioxid umgewandelt werde, so der 50jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen. Die heimische Landwirtschaft inklusive der aus eigener Fläche ernährten Tierhaltung arbeite jedenfalls fast vollständig klimaneutral, wie kürzlich sogar durch eine von der Bundesregierung herausgegebene Studie bestätigt. Unabhängig davon bekennen sich die FREIEN BAUERN zur Energiewende, soweit darunter die Einsparung fossiler Energieträger oder ihr Ersatz durch regenerative Energiequellen verstanden wird, argumentiert Ehrenberg und erinnert an das langjährige Engagement seines Verbandes gegen neue Braunkohle-Tagebaue: „Der Beitrag, den die Landwirtschaft hier zum Klimaschutz leisten kann, ist allerdings mikroskopisch klein. Um einen Menschen ein Jahr lang satt zu kriegen, brauchen wir umgerechnet 50 Liter Diesel, das ist gerade mal eine Tankfüllung.“ Weitaus wirksamer sei es, der Energieverschwendung in anderen Lebensbereichen Einhalt zu gebieten, etwa auf den Gebieten der Mobilität und Kommunikation. Deshalb werden sich die FREIEN BAUERN auch nicht an Rechenspielchen über vergleichende Klimabilanzen von Kulturen oder Anbaumethoden beteiligen, kündigt Ehrenberg an: „Warum sollten wir bestimmte Formen von Landwirtschaft in Frage stellen, wenn sie doch nicht das Klima beeinflussen? Wer sich in diese absurde Logik begibt, kommt darin um.“ Die Forderung des Deutschen Bauernverbandes nach einem Geschäftsmodell für Carbon Farming sieht er entsprechend kritisch: „Humusaufbau durch Kohlenstoffbindung ist seit jeher gute fachliche Praxis, das haben schon unsere Großväter gemacht, dafür muss man Landwirtschaft nun wirklich nicht neu erfinden.“

FREIE BAUERN: Mehr Biodiversität nützt nicht automatisch der Umwelt

(12.08.2021) Die FREIEN BAUERN haben die Forderung nach mehr Biodiversität in der Landwirtschaft als großes ökologisches Missverständnis kritisiert. „Für die Umwelt bringt es rein gar nichts, wenn wir unsere Landwirtschaft in eine Gänseblümchenwiese mit Streichelzoo verwandeln und die Lebensmittel kommen aus dem brennenden Regenwald“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Ökologisch richtig sei vielmehr eine möglichst umfassende Selbstversorgung aus heimischer Erzeugung. Die Herausforderung bestehe darin, Artenvielfalt in eine hochproduktive Kulturlandschaft zu integrieren, argumentiert der 56jährige Milchviehalter aus Vorderhagen in Mecklenburg-Vorpommern: „Neue Naturschutzgebiete, Blühflächen und Vernässungen brauchen wir dafür definitiv nicht.“ Dass die Biodiversität durch Flurbereinigung und Komplexmelioration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Schaden genommen habe, möchte Guhl überhaupt nicht bestreiten: „Allerdings waren dies staatliche Programme, und sie haben eine Artenvielfalt zurückgedrängt, die erst durch Landwirtschaft entstanden ist. Ohne die Rodung von Wäldern und die Trockenlegung von Sümpfen seit dem Mittelalter hätte es unsere abwechslungsreichen Landschaften mit ihrer vielfältigen Flora und Fauna nie gegeben.“ Durch freiwillige Programme für die Neupflanzung von Hecken und Baumreihen könnten derzeit monotone Agrarstandorte aufgewertet werden, regt Guhl an und warnt zugleich davor, statt dessen die Landwirtschaft weiter einzuschränken: „Bewirtschaftungsauflagen oder Flächenstillegungen führen zu noch mehr Abhängigkeit von Importen und zu Umweltzerstörung anderswo.“ Um Biodiversität auf verantwortliche Weise zu erhöhen, fordern die FREIEN BAUERN deshalb einen Paradigmenwechsel in der Naturschutzpolitik: Nicht Flächengewinne zulasten der Landwirtschaft müssten das Ziel sein, sondern eine gute Mischung von – je nach Bodengüte – intensiv und extensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen, naturbelassenen Biotopen und einem Biotopverbundsystem aus Gehölzstreifen und Wasserläufen, das die Landschaft durchzieht. Guhl: „Vielleicht sollte man öfter daran erinnern, dass wir Landwirte Lebensmittel produzieren. Von uns pauschal mehr Biodiversität zu verlangen, ist lebensfremd, ja menschenverachtend – so lange nicht gesagt wird, wo die Lebensmittel sonst produziert werden sollen.“

Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, z. Hd. Antje Bree, Mehrower Dorfstraße 17, 16356 Ahrensfelde OT Mehrow.

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: